Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6684

27. 12. 96

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Halo Saibold, Gila Altmann (Aurich), Michaele Hustedt, Angelika Köster-Loßack, Albert Schmidt (Hitzhofen), und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Internationaler Tourismus (Teil 1)

Der Ferntourismus, insbesondere in die sogenannten Entwicklungsländer wächst. Dies ist mit erheblichen ökologischen und sozio-kulturellen Belastungen verbunden. Durch die Zunahme des Flugverkehrs nehmen auch der Energieverbrauch und die klimaschädlichen Emissionen zu. In den Zielländern werden unberührte, intakte Naturräume zerstört und übernutzt, Gewässer verschmutzt und Abfallberge produziert. In sozio-kultureller Hinsicht kommt es durch den Tourismus zu erheblichen negativen Folgeerscheinungen: gewachsene Sozialstrukturen werden durch die Touristenströme beeinträchtigt und zerstört. Kinder werden durch sogenannte Sextouristen mißbraucht und ausgebeutet. Bei der Herstellung und dem Verkauf touristischer Souvenirs ist Kinderarbeit an der Tagesordnung.

Deutschland ist laut Statistik der World Tourism Organization „Reiseweltmeister". Nicht zuletzt deshalb stehen die Bundesregierung und die deutschen Reiseveranstalter hier in einer besonderen Verantwortung. Die Politik kann durch entsprechende Maßnahmen auf eine sozial- und umweltverträgliche Tourismusentwicklung hinwirken. Die Reiseveranstalter können durch eine entsprechende Ausgestaltung der Angebote für eine sozial- und umweltverträgliche Tourismusentwicklung sorgen.

Um adäquate politische Maßnahmen einleiten zu können, ist es jedoch notwendig, die Entwicklung des internationalen Tourismus, wie auch seine Auswirkungen verläßlich abschätzen zu können.

Wir fragen die Bundesregierung:

Bedeutung des Ferntourismus

1. Wie hat sich die Zahl der Auslandsreisen deutscher Touristinnen und Touristen nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen 1985 und 1995 entwickelt (Angaben bezogen auf Afrika, Asien/Südostasien, Nord-, Süd- und Mittelamerika, Australien und Europa),

2. Welche sind die 15 bedeutendsten außereuropäischen Zielländer der deutschen Touristinnen und Touristen, gemessen an der Zahl der Ankünfte, im Vergleich zwischen 1985 und 1995?

3. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Bundesrepublik Deutschland als das stärkste Entsenderland für Touristen („Reiseweltmeister"), eine besondere politische Verantwortung für die ökonomischen, sozio-kulturellen und ökologischen Folgen in den Zielländern trägt?

4. Welchen Anteil an den Beschäftigten, an den Deviseneinnahmen und am Sozialprodukt hat in diesen Ländern nach Kenntnis der Bundesregierung die Tourismusbranche (bezogen auf 1995)?

5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Anteile der touristischen Ausgaben in diesen Ländern den verschiedenen touristischen Leistungsträgern (Verkehrsmittel inkl. An- und Abreise, Beherbergungsbetriebe, Gaststätten und Restaurants, kulturelle Einrichtungen und Unterhaltungsbetriebe, Souvenirverkauf etc.) zufließen?

6. Welche Untersuchungen liegen der Bundesregierung vor, wie sich die Einnahmen aus dem Tourismus auf die sozialen Schichten in Entwicklungsländern verteilen?

   Kommen diese Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die unteren sozialen Schichten in den bereisten Regionen deutlich geringer oder gar nicht an den Einnahmen partizipieren im Gegensatz zu den oberen Schichten?

7. Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Bundesregierung nötig und möglich, um zu einer gerechteren Verteilung des Wohlfahrtszuwachses aus den touristischen Einnahmen in den bereisten Regionen zu kommen,

   a) im Bereich der Politik der Bundesregierung,

   b) im Bereich der Politik der bereisten Länder,

   c) im Bereich der Tourismuswirtschaft?

8. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie sich verschiedene Urlaubsformen (z. B. Cluburlaub, All-inclusive-Angebote, Pauschalurlaub in Großhotels, Individualreisen, Urlaub in Projekten des sog. Ökotourismus) auf die Einkommenserzielung der verschiedenen sozialen Schichten in den bereisten Regionen auswirken?

   Hält die Bundesregierung Maßnahmen für erforderlich, um diejenigen Urlaubsformen zu verringern, bei denen der Wohlfahrtszuwachs für Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen besonders gering ist?

   Wenn ja, welche Instrumente setzt die Bundesregierung dafür ein?

   Wenn nein, warum nicht?

9. Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung von Prof. Bach (ehemaliges Mitglied der Klima-Enquete-Kommission), daß es primäres Ziel der Tourismusentwicklung in Entwicklungsländern sein müsse, die Urlauberzahlen in Verbindung mit einer Hochpreispolitik zu vermindern (Prof. Bach in: Spektrum der Wissenschaft, August 1996, S. 106)?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei der Planung und Durchführung von Tourismusprojekten in Entwicklungsländern vermehrt Proteste und Widerstand der einheimischen Bevölkerung zu verzeichnen sind?

11. Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen die einheimische Bevölkerung aufgrund touristischer Projekte umgesiedelt wurde?

Flugverkehr und Klimaschädigung

12. Wie schätzt die Bundesregierung Prognosen ein, wonach sich die Flugverkehrsleistung der Deutschen zwischen 1993 und 2010 von 101 auf 202 Mrd. Personenkilometer erhöhen, also verdoppeln werde?

13. Warum gibt die vom Bundesministerium für Verkehr herausgegebene Statistik „Verkehr in Zahlen" auch in ihrer neuesten Fassung vom September 1996 immer noch die Personenverkehrsleistung des (gesamten) Flugverkehrs mit verschwindend geringen 2,8 % an, obwohl mehrere Gutachten in den letzten zwei Jahren übereinstimmend festgestellt haben, daß die Deutschen im statistischen Schnitt ein Sechstel ihrer Verkehrsleistung mit dem Flugzeug zurücklegen?

14. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der verschiedenen Verkehrsträger, mit denen deutsche Urlauberinnen und Urlauber die Reisen in die 20 bedeutendsten außereuropäischen Zielländer unternommen haben (Angaben für die letzten fünf Jahre)?

15. Hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund an dem von ihr formulierten Ziel einer Reduktion des CO_2-Ausstoßes bis zum Jahr 2005 um 25 % gegenüber 1990 fest?

16. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß das von ihr formulierte CO_2-Reduktionsziel nur bei einer Reduzierung der Flugreisen erreicht werden kann?

17. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung zahlreicher Gemeinden im Alpenraum, daß eine durch den Flug- und durch den Kfz-Verkehr mitverursachte Klimaerwärmung den Wintertourismus in den Alpen massiv beeinträchtigen werde?

18. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, die durch Vertreter von Inselstaaten unter anderem auf der Klimakonferenz in Berlin geäußert wurde, daß die Zunahme der Klimaerwärmung zu einer existentiellen Bedrohung ganzer Inselgruppen (z. B. den Malediven) führen wird?

Maßnahmen zur Verringerung von Flugreisen

19. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen einer Einführung der Kerosinsteuer im Hinblick auf die Verringerung von Fernflugreisen und den Klimaschutz?

20. Wie hoch sollte nach Ansicht der Bundesregierung und im Hinblick auf die besondere Klimarelevanz des Flugverkehrs eine Kerosinsteuer sein, um zu spürbaren Auswirkungen zu führen?

21. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung gegenwärtig, bzw. welche Schritte plant sie für die nächsten Monate, um die Einführung einer Kerosinsteuer zumindest auf EU-Ebene zu ermöglichen?

22. Wie bewertet die Bundesregierung die Erfolgschancen zugunsten der Einführung einer Kerosinsteuer?

23. Wie bewertet die Bundesregierung die Erfolgschancen für die Einführung einer Kerosinsteuer, wenn diese zu einer „internationalen Steuer" erklärt würde und den VN mit ihren angeschlossenen Organisationen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stünde?

    Wie bewertet die Bundesregierung selbst diesen Vorschlag?

24. Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund zahlreicher negativer sozialer und ökologischer Auswirkungen des Tourismus der Ansicht, daß eine Reduktion oder eine Stabilisierung der Zahl der Fernreisen anzustreben ist?

    Wenn ja, welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um ein weiteres Anwachsen des touristischen Flugverkehrs zu verhindern?

25. Durch welche anderen Maßnahmen kann nach Ansicht der Bundesregierung die Zunahme der schädlichen Auswirkungen des touristisch bedingten Flugverkehrs begrenzt werden (z. B. Verringerung der Reisegeschwindigkeit)?

26. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß aufgrund der quantitativen Zunahme des Flugverkehrs Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen (z. B. durch technische Veränderungen an Flugzeugen) nicht ausreichen werden, die angestrebten CO_2-Reduzierungspotentiale zu erreichen?

    Wenn nein, warum nicht?

27. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Aspekten

    — Humanisierung der Arbeitswelt,

    — Aufwertung des Lebensumfeldes in den Städten (z. B. Verkehrsberuhigung),

    — Erhaltung und Wiederherstellung einer wohnnahen Kultur- und Naturlandschaft zu Erholungszwecken,

    — Verbesserung des Images von Urlaubsreisen in wohnortnähere Regionen

als Faktoren zur Dämpffung der Nachfrage nach Fernreisen bei, und welche dementsprechenden Maßnahmen ergreift die Bundesregierung (z. B. Image- und Akzeptanzsteigerungskampagne für Urlaub in Deutschland)?

28. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber Ferienzentren der sogenannten zweiten Generation (z. B. Center Parcs) ein?

    Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob das Angebot solcher Ferienzentren mittel- und langfristig zu einer Ausweitung oder Eingrenzung der Nachfrage nach Kurzflugreisen in südliche Länder führt?

Einfluß der Tourismuswerbung und Öffentlichkeitsarbeit

29. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Tourismuswerbung für Urlaubsreisen in entfernte Gebiete dazu beiträgt, Fernreisen als „Statussymbol" auf- und auszubauen?

30. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang deutsche Reiseunternehmen jährlich Werbemittel einsetzen, um für Reisen ins außereuropäische Ausland zu werben?

31. Welche Maßnahmen sind nach Meinung der Bundesregierung möglich und nötig, um diesem verstärkenden Einfluß der Tourismuswerbung auf die Häufigkeit und Entfernung von Reisen entgegenzuwirken?

    Welche Position bezieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu einer Besteuerung oder Einschränkung der Werbetätigkeit?

32. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung die Akzeptanz für einen „Urlaub der kurzen Wege" gesteigert werden könnte und dadurch dem steigenden Trend zu häufigem, schnellem und weitem Reisen entgegengewirkt werden könnte?

    Wenn nein, warum nicht?

    Wenn ja, welche Maßnahmen in diese Richtung plant die Bundesregierung?

33. Mit welchem finanziellen Einsatz hat sich die Bundesregierung (in den vergangenen zehn Jahren) an der Erstellung und Verbreitung der „Sympathie-Magazine" des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung beteiligt?

34. Wie viele „Sympathie-Magazine" wurden in den vergangenen drei Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung erstellt und verteilt (aufgeschlüsselt nach Ländergruppen)?

35. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit sich die Reiseveranstalter stärker an der Finanzierung und Verbreitung der „Sympathie-Magazine" beteiligen?

36. Warum wurde die Produktion der „Blickwechsel"-Filme 1986 eingestellt?

Ist eine Wiederaufnahme der Produktion zwischenzeitlich erfolgt oder geplant?

Wenn ja, in welchem Umfang?

Wenn nein, warum nicht?

37. Gibt es freiwillige Vereinbarungen mit Fluggesellschaften über die Ausstrahlung von „Blickwechsel"-Filmen bei internationalen Flügen, und in welcher Häufigkeit werden diese Filme gezeigt?

Angebotsgestaltung der Reiseveranstalter

38. In welchem Maße ist das Angebot der als „umwelt- und sozialverträglich" bezeichneten Fernreisen in den vergangenen Jahren gestiegen, und welchen Marktanteil haben diese Reisen inzwischen?

39. Hält die Bundesregierung Vereinbarungen mit konkreten Zielgrößen in den Bereichen

- soziale Mindeststandards (z. B. gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit, Verbot von Kinderarbeit),
- Umweltverträglichkeit beim Bau und Ausbau von Ferienanlagen,
- Wasser- und Energieverbrauch,
- Müllvermeidung und -entsorgung

auf freiwilliger Basis für erreichbar?

Wenn ja, welche Vereinbarungen dieser Art existieren bereits oder werden derzeit verhandelt?

Wenn nein, welche anderen Maßnahmen präferiert die Bundesregierung, um die Bereitschaft der Reiseveranstalter zu umwelt- und sozialverträglichen Angeboten zu erhöhen?

Integrative Planung in touristischen Zielgebieten

40. Unterstützt die Bundesregierung Maßnahmen auf politisch-administrativer Ebene, z. B. im Rahmen des Politik-Dialogs, die einen Beitrag zu einer integrativen Tourismuspolitik in Entwicklungsländern leisten (z. B. Stärkung der administrativen Kompetenz in den Zielländern, Stärkung/Unterstützung von Planungsprozessen für Tourismusvorhaben)?

41. Wenn ja, welche Projekte wurden mit Unterstützung der Bundesregierung in den letzten Jahren durchgeführt, die eine Stärkung der politisch-administrativen Strukturen zum Ziel hatten und mit denen erreicht werden sollte, daß sozio-kulturelle und ökologische Aspekte in den Planungsprozeß für touristische Vorhaben und/oder in die Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen einfließen?

42. In welcher Art und Weise wirkt die Bundesregierung darauf hin, daß diese Maßnahmen so ausgestaltet werden, daß sozio-

kulturelle und ökologische Aspekte bereits „institutionell" im Planungsprozeß verankert sind?

43. Sind der Bundesregierung Evaluationen bekannt, die den Erfolg solcher Maßnahmen geprüft haben?

    Welche Erkenntnisse liegen hier vor?

44. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß „Philippine Tourism Master Plan" von 1991 unter dem Aspekt der Förderung von nachhaltigem Tourismus, den Zielsetzungen einer integrierten Tourismusplanung und der Berücksichtigung sozio-kultureller und ökologischer Aspekte in den touristischen Planungsprozeß positiv zu beurteilen ist?

    Setzt sich die Bundesregierung im Politik-Dialog mit anderen Staaten, in denen der Tourismus eine bedeutende Rolle spielt, dafür ein, daß der Tourismus nach vergleichbaren Rahmenbedingungen entwickelt wird?

    Wenn nein, warum nicht?

Bonn, den 19. Dezember 1996

Halo Saibold
Gila Altmann (Aurich)
Michaele Hustedt
Angelika Köster-Loßack
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333